ohallo!

Das Magazin der Offenen Hilfen 11/2025

So geht wählen.

Alles, was du zu den Landtagswahlen 2026 wissen musst.

Heilbronn. Da ist für jeden was dabei.

Wir möchten, dass sich alle bei uns wohlfühlen. Deshalb machen wir die City Tour barrierearm.
Ob mit oder ohne Behinderung: Jeder kann die Stadt individuell entdecken!
Wir richten uns nach Ihren Bedürfnissen und machen Ihre Tour zu Ihrem persönlichen Erlebnis.
Einfach anfragen – wir freuen uns auf Sie!

Mehr Informationen auf
VISIT.HEILBRONN.DE

Vorwort

Freie Wahlen sind ein Vorrecht derjenigen, die in einer Demokratie wie Deutschland leben. Sie sind, weltweit betrachtet, etwas Besonderes.

Etwas Besonderes sind sie auch für behinderte Menschen, die rechtlich betreut werden. Erst seit 2019 dürfen sie ihre Stimme abgeben. Die als diskriminierend wahrgenommenen Ausschlüsse beendete erst das inklusive Wahlrecht nach langem Kampf.

Für tausende Menschen, auch in der Region, ist der Weg zur Urne nicht mehr verbaut, bleibt aber steinig. Fehlende Barrierefreiheit im Wahllokal ist oft ein Hemmschuh. Wahlhelfer müssen wissen, dass es mit dem Wahlgeheimnis vereinbar ist, wenn ein behinderter Bürger einen Assistenten mitbringt. Wegen Hindernissen vor Ort bevorzugen viele die Briefwahl, dabei sollte der Zugang zur Kabine jedem freistehen.

Egal ob schriftliche Stimmabgabe oder Gang an die Urne: Es liegt an den Menschen selbst, ihre Haltung auszudrücken und das politische Leben im Land mitzugestalten. Jeder ist bei diesem Prozess wichtig. Auch Menschen mit Behinderung spielen eine Rolle und verleihen damit ihren Forderungen Gewicht.

Um sich aber eine Meinung zu bilden, sind Informationen, die seriöse Medien wie etwa die Heilbronner Stimme vermitteln, nach wie vor die beste Quelle. Indem sie Wissenswertes erfahren, machen sich Menschen mit Behinderung unabhängig vom Einfluss anderer. Sie schulen ihr eigenständiges Denken, was wichtig ist für ein eigenständiges Leben. Ihnen dabei zu helfen, das haben sich die Offenen Hilfen auf die Fahnen geschrieben.

Petra Müller-Kromer
Heilbronner Stimme
Redakteurin Stadtkreis

Inhalt

Die Landtagswahl in Baden-Württemberg 5

So geht wählen 7

Keine Angst vor der Wahl 8

Das gibt es für die Politik zu tun 9

Gehe ich überhaupt wählen? 11

Dafür treten wir ein. Kandidat*innen zur Landtagswahl 12

Der Inklusionsbeirat 15

Thomas Fick im Interview 17

Impressum

Herausgeber
Offene Hilfen gGmbH • Keplerstraße 5
74072 Heilbronn • kontakt@oh-heilbronn.de
www.oh-heilbronn.de

Verantwortlich für den Inhalt
Sven Seuffert-Uzler

Danke für eure Spende
Offene Hilfen gGmbH
Verwendungszweck: »ohallo!«

Kreissparkasse Heilbronn
IBAN DE31 6205 0000 0000 0255 66
BIC HEISDE66XXX

Redaktion dieser Ausgabe
Paula Balint, Thorsten Bernhardt, Uwe Kaiser, Sven Seuffert-Uzler und Sven Visser

Realisation
Eva Malinek, malinekundmorsch.de

Bildnachweis
ohallo!, Landeszentrale für politische Bildung, AfD, CDU, FDP, die GRÜNEN, SPD sowie Privat (wenn nicht anders angegeben)

Auflage
3.000 Stück

Diese ohallo! wurde auf mit dem Blauen Engel zertifiziertem Papier gedruckt.

Auszugsweiser Nachdruck und Vervielfältigung nur mit schriftlicher Genehmigung der Offene Hilfen gGmbH.

Aus der Redaktion

Es ist noch ein Stück hin bis zur Landtagswahl im März 2026.

Mit dieser Ausgabe geben wir Menschen mit Behinderung und ihren Angehörigen einen ersten Überblick.

Wir haben versucht, die Themen gut verständlich aufzubereiten, und wir haben manche Texte in einfacher Sprache zusammengefasst.

Wir haben die Kandidat*innen im Großraum Heilbronn gefragt, was sie für Menschen mit Behinderung tun wollen.

Und wir haben Betroffene und Angehörige befragt: »Was braucht ihr?«

Außerdem berichten wir, wie gewählt wird und was neu bei der Wahl ist.

Was haben wir dabei gelernt?

1. **Mit Politiker*innen kann man direkt Kontakt aufnehmen.**
2. **Wer besser informiert ist, kann besser wählen.**
3. **Bleibt mutig und sichtbar.**

Eure ohallo!-Redaktion

Sven Seuffert-Uzler
Geschäftsführer
Offene Hilfen gGmbH

Die Landtagswahl in Baden-Württemberg

Was ist neu?

Das Mindestalter der Wahlberechtigten beträgt erstmals 16 Jahre.

Bisher musste man 18 Jahre alt sein. Das gilt aber nur für Wählerinnen und Wähler. Wenn man selbst für den Landtag kandidieren möchte, dann muss man weiterhin volljährig, also 18 Jahre alt sein. Das nennt man aktives Wahlrecht (Ich wähle) und passives Wahlrecht (Ich werde gewählt). Die Absenkung des Mindestalters gilt nicht für Bundestagswahlen.

Die Absenkung des Wahlalters auf 16 Jahre hat der Landtag am 29. März 2023 eingeführt. Bei den Kommunalwahlen konnte sich diese Altersgruppe sogar um Mandate bewerben, hatten also auch das passive Wahlrecht. Hinter dieser Reform steckt der Gedanke, dass sich mehr junge Menschen für Politik interessieren und so auch deren Interessen besser berücksichtigt werden können. Andere hielten dagegen, dass die Reife dieser Wählerinnen und Wähler nicht im erforderlichen Maß festgestellt werden kann.

Man hat jetzt zwei Stimmen

Bisher hatte man bei der Landtagswahl eine Stimme und durfte demnach ein einziges Kreuzchen machen. Das ändert sich. Wer schon bei der Bundestagswahl mitgemacht hat, kennt das schon: Die Wahlberechtigten haben zwei Stimmen. Mit der ersten Stimme wählt man eine Kandidatin oder einen Kandidaten aus dem Wahlkreis. Mit der zweiten Stimme wählt man eine Partei und somit Kandidaten und Kandidatinnen, die auf der Liste dieser Partei stehen.

Welche Idee steckt dahinter? Bisher musste man sich mit seiner Stimme für einen Wahlkreiskandidaten oder eine Wahlkreiskandidatin und somit für eine einzige Partei entscheiden. Diese Festlegung ist nun nicht mehr nötig. Außerdem können die Parteien Bevölkerungsgruppen, die bisher in der Politik unterrepräsentiert sind, besser berücksichtigen. Das gilt zum Beispiel für Frauen, aber auch für Menschen mit Behinderungen. Durch das komplizierte Wahlverfahren kann es jetzt aber auch zu einem vergrößerten Landtag kommen. Das wenden Kritiker und Kritikerinnen ein.

Die direkte Wahl

In den 70 Wahlkreisen gibt es am Wahlsonntag eine Person, die am meisten Stimmen bekommt. Diese Person bekommt das sogenannte Direktmandat und somit einen Sitz im Stuttgarter Landtag.

Die Landesliste

Wie schon bei der Neuerung mit der zweiten Stimme erwähnt, erstellen die Parteien die sogenannte Landesliste über die Kandidatinnen und Kandidaten in den Landtag einziehen können.

Allgemeine Information

Gewählt wird am Sonntag, den 8. März 2026.
Das Land wird in sogenannte Wahlkreise aufgeteilt. Davon gibt es insgesamt 70. Die meisten Leserinnen und Leser der ohallo! wählen im Wahlkreis 18 (Heilbronn, Flein, Leingarten, Nordheim und Talheim), Wahlkreis 19 (Abstatt bis Zaberfeld mit Eppingen und Brackenheim) oder Wahlkreis 20 (Neckarsulm und Bad Friedrichshall bis Wüstenrot).

Die Wahlberechtigten bekommen Post

In dem Brief steht, in welchem Wahllokal man seine Stimme abgeben kann. Diese Wahllokale sind von 8 bis 18 Uhr geöffnet. Wichtig ist, dass man für die Wahl diesen Brief und einen gültigen Personalausweis oder Reisepass dabeihat.

Wenn man am 8. März 2026 keine Zeit hat, in ein Wahllokal zu gehen, dann kann man auch Briefwahl beantragen. Wie man das macht, steht auch in diesem Brief.

Es gibt aber noch eine weitere Möglichkeit. Wahlberechtigte können mit dem Brief, der Wahlbenachrichtigung, und den Ausweispapieren auch schon vorher im Rathaus wählen.

Wie komme ich an Wahlinformationen der Parteien?

In der ohallo! lassen wir Kandidatinnen und Kandidaten zu Wort kommen und schlagwortartig ihre politischen Absichten für Menschen mit Behinderung darstellen. Wichtig ist es aber, sich möglichst gründlich über die politischen Programme der verschiedenen Parteien zu informieren und sich die jeweiligen Kandidatinnen und Kandidaten des Wahlkreises genau anzuschauen.

Die Parteiprogramme erscheinen vermutlich auch in leichter Sprache. Bei Wahlveranstaltungen und Diskussionen ist es möglich, die Stimme zu erheben und sich komplexe Sachverhalte erklären zu lassen. Die Offene Hilfen, die Werkstätten und andere Vereine werden sicher Informationsveranstaltungen zur Landtagswahl anbieten.

So geht wählen

Wählen ab 16

Bei der Landtagswahl dürfen auch **junge Menschen ab 16 Jahren wählen.** Früher musste man 18 Jahre alt sein.

Die Idee dahinter:
Mehr junge Menschen sollen sich für Politik interessieren und mitentscheiden.

Einige finden das gut. Andere meinen, Jugendliche sind dafür nicht reif genug.

Zwei Stimmen statt einer

- **Erste Stimme:** Für eine Person aus deinem **Wahlkreis.**
- **Zweite Stimme:** Für eine **Partei.**

So kann man eine bestimmte Person wählen, aber einer anderen Partei seine zweite Stimme geben.

Die Idee:
- Man muss sich nicht mehr nur für eine Partei entscheiden.
- Parteien können mehr verschiedene Menschen aufstellen, auch Frauen oder Menschen mit Behinderung.

Kritiker und Kritikerinnen sagen:
Das neue System ist komplizierter.
Der Landtag könnte größer werden.

Das Direktmandat – erste Stimme

In jedem Wahlkreis gewinnt die **Person mit den meisten Stimmen.**

Diese Person zieht **direkt** in den Landtag in Stuttgart ein.

Das nennt man **Direktmandat.**

Die Landesliste – zweite Stimme

Jede Partei hat noch eine **Landesliste.** Darauf stehen weitere Kandidaten und Kandidatinnen, die über die **zweite Stimme** in den Landtag kommen können.

Allgemeine Informationen

Die nächste Landtagswahl ist am **Sonntag, 8. März 2026.**

Baden-Württemberg hat **70 Wahlkreise**.

Vor der Wahl bekommen alle **Wahlberechtigten Post.**

In dem Brief steht:
- Wo das Wahllokal ist
- Wann es **geöffnet** ist – von **8 bis 18 Uhr**
- Was man **mitbringen** muss: den **Brief** und den **Personalausweis oder Reisepass**

Wenn man **am Wahltag keine Zeit** hat, kann man **Briefwahl** machen.
Wie das geht, steht im Brief.

Oder man kann schon **vorher im Rathaus wählen.**

Dafür braucht man die **Wahlbenachrichtigung** und einen **Ausweis.**

Informationen über Parteien und Kandidaten

In der ohallo!-Zeitschrift stellen sich Kandidaten und Kandidatinnen vor.

Sie erklären dort auch ihre **Pläne für Menschen mit Behinderungen.**

Trotzdem ist es wichtig, **sich selbst gut zu informieren:**
- Lies die **Programme der Parteien** (oft auch in leichter Sprache).
- Gehe zu **Wahlveranstaltungen** oder **Diskussionen**.
- Stelle dort **Fragen**, wenn du etwas nicht verstehst.

Auch **Offene Hilfen, Werkstätten und Vereine** bieten **Informationsveranstaltungen** zur Landtagswahl an.

Keine Angst vor der Wahl

Alle, die wählen dürfen, sollen auch die Möglichkeit dazu haben. Deshalb müssen die Wählerinnen und Wähler auch wissen, wo sie die notwendigen Informationen bekommen. Es ist gut, dass es viele verschiedene Einrichtungen gibt, die diese wichtigen Informationen in leichter Sprache bereitstellen.

Die ohallo!-Redaktion hat sich für Wahlhilfe der Landeszentrale für politische Bildung, kurz LpB, entschieden. Die Landeszentrale gehört zum Staat Baden-Württemberg. Sie ist eine überparteiliche Einrichtung. Das heißt, sie ist von Parteien unabhängig. Ihre Aufgabe ist es, politische Bildung zu fördern.

Sie gibt eine umfangreiche Broschüre heraus.
Auf 26 Seiten finden sich wirklich alle wichtigen Informationen, die für Wählerinnen und Wähler hilfreich sind. Zweiter Herausgeber dieser Broschüre ist der Landesbeauftragte für die Belange von Menschen mit Behinderung.

Hier geht's direkt zur Broschüre.

Wir finden das Heft sprachlich leicht verständlich und es steht alles Hilfreiche drin. Die Bearbeitung des Textes stammt vom Büro für Leichte Sprache, Zentrum für Inklusion in Weinheim. Zum besseren Verständnis enthält die Broschüre zahlreiche Illustrationen, also Erklärbilder, die einen alles noch besser verstehen lassen. Gezeichnet hat sie Tamara Dubinin aus München.

Ein Tipp noch: Rechtzeitig zur Wahl richtet die Landeszentrale einen so genannten Wahl-O-Mat ein. Auf der Seite der Landeszentrale für politische Bildung im Internet bekommt man viele Fragen gestellt und hat dann Antwortmöglichkeiten zum Ankreuzen. Am Ende der Befragung vergleicht der Wahl-O-Mat die gegebenen Antworten mit den Wahlprogrammen der Parteien. Zum Schluss erhält man eine Liste der Parteien. Auf dem 1. Platz steht die Partei, mit der man die meiste Übereinstimmung hat.

Aber Obacht: Wenn man mit einer ganz kleinen Partei, die keine Chance auf den Einzug in den Landtag, viele Übereinstimmungen hat, könnte die Stimme verloren gehen.

Michael Posch
Werkstattratsvorsitzender Therapeutikum Heilbronn

Die Politik soll sich für ausreichenden bezahlbaren und barrierefreien Wohnraum für Menschen mit Behinderung einsetzen. Ganz wichtig ist auch eine bessere Entlohnung in Werkstätten für Menschen mit Behinderung, damit wir nicht mehr auf die Grundsicherung angewiesen sind.

Leider ist ein Vorschlag von einem Basislohn von 1450 Euro im Bundestag gescheitert. Unsere Forderung: Die Landesregierung sollte sich über den Bundesrat für bessere Löhne einsetzen.

Dr. Helen Akin
Pflegende Angehörige, Vorständin des Vereins Antigone e. V.

Im Landkreis Heilbronn müssen dringend neue Wohnplätze geschaffen werden. Insbesondere für Menschen mit intensivem Pflege- und Betreuungsbedarf. Außerdem sollten Menschen mit Behinderung und ihre Angehörige in die Sozialplanung eingebunden werden.

Grundlegend ist auch, dass die Mitarbeiter*innen der zuständigen Eingliederungshilfen gut geschult sind, um so das Bundesteilhabegesetz sensibel und sachgemäß vor Ort gestalten zu können.

Das gibt es für die Politik zu tun

Anja Grunwald
Mitglied Begleitkreis der Offene Hilfen gGmbH

Mein Wunsch an die Politik ist es, dass konkret Barrierefreiheit gefördert wird: bei Gebäuden und Verkehr, bei Bildungschancen, beruflicher Teilhabe und Kommunikation. Dazu muss man mit Betroffenen reden und Behördenprozesse beschleunigen. Das schafft echte Teilhabe für Menschen mit Behinderung.

Uwe Hellwich
Geschäftsführer Weinsberger Hilfsverein e.V.

Das Wichtigste scheint mir das Wohnungsproblem zu sein. Es sind vor allem erkrankte Menschen, arme Menschen oder Menschen mit Behinderung, die hier das Nachsehen haben. Und: Bitte entwickelt das System der psychiatrischen Versorgung so weiter, dass die Betroffenen zeitnah und angemessen die erforderlichen Hilfen erhalten.

Seelische Gesundheit ist, genauso wie körperliches Wohlbefinden, ein Recht für alle.

Prof. Dr. Sandra Fietkau
Evangelische Hochschule Ludwigsburg

Es muss unbedingt das Wunsch- und Wahlrecht gestärkt werden und ganz wichtig ist auch, die Deinstitutionalisierung voranzubringen.

Die Interviews wurden aus redaktionellen Gründen gekürzt und stilistisch angepasst.

APPsolut informiert.

Jetzt 30 Tage kostenlos testen!

Stimme App Ihre digitale Heimatzeitung inklusive aktueller News von Stimme.de – besser informiert geht nicht.

JETZT KOSTENLOS TESTEN:

online stimme.de/app

Laden im App Store

JETZT BEI Google Play

HEILBRONNER STIMME www.stimme.de
HOHENLOHER ZEITUNG | KRAICHGAU STIMME

Gehe ich überhaupt wählen?

»Hi, ich bin Sven Visser und bei der ohallo! mache ich Fotos und Interviews.

Ich gehe wählen, weil ich die politische Situation gerade für Menschen mit Handicap für gefährlich halte. Die wirtschaftliche Lage ist angespannt und es geht ums Geld. In so einer Situation wird gerne beim Sozialen gespart.

Ich persönlich habe diesbezüglich Angst vor der AfD. Da wird jetzt vor der Wahl vielleicht vieles versprochen, aber ich bin da skeptisch. Ich habe vor einigen Jahren das Kunstprojekt 19/1444 zusammen mit einem Künstler gemacht. Es ist ein kritisches Werk zu einer damaligen Bundestagsanfrage der AfD. Jeder kann diese Drucksache googeln und die gipfelt in der Frage, wie viele Behinderungen bei Menschen mit Handicap und Migrationshintergrund durch Inzest entstanden seien.

Ich möchte mich mit meinen Stimmen für die Belange von Menschen mit Handicap einsetzen. Wenn ich nicht zur Wahl gehe, dann vergebe ich diese Möglichkeit. Der Landtag entscheidet über ganz viele Dinge, die uns betreffen. Wenn ich es richtig weiß, geht es da um Polizei, Bildung und all die Themen. Auch um uns Menschen mit Handicap.

Wenn ich nicht wählen gehe, dann darf ich mich auch nicht beschweren, wenn am Ende eine Politik gemacht wird, die mir nicht gefällt.

Vielleicht gibt es ja ein knappes Ergebnis und meine Stimme ist wichtig. Es war ja nicht immer so, dass wir Menschen mit Handicap wählen durften. Gerade deshalb sollten wir unser Recht wahrnehmen.«

»Hallo, ich bin Thorsten Bernhardt und sorge in der ohallo! für die Fotos.

Ich frage mich, was ich mit meinen Stimmen überhaupt bewirken kann. Bei der Kommunalwahl kenne ich ja viele Kandidatinnen und Kandidaten. Das Rathaus sehe ich ja auch oft und manchmal berichten wir von der ohallo! aus diesem Gebäude. Die Entscheidungen betreffen mich in vielen Fällen direkt.

Stuttgart ist doch, wenn man es politisch sieht, relativ weit weg. Da frage ich mich, inwiefern mich die Entscheidungen, die dort getroffen werden, persönlich angehen? Ich weiß nicht, wieviel dort gestaltet werden kann. Vielleicht sind da die Möglichkeiten gar nicht so groß, weil viele Verordnungen der EU oder aus Berlin umgesetzt werden müssen.

Wenn ich mir die Parteien anschaue, dann weiß ich auch nicht genau, welche Partei sich wirklich für Menschen mit Behinderung einsetzt. Die Politiker und Politikerinnen werden nach der Wahl von allen möglichen Leuten belagert. Da kommen erstmal die Interessen der Industrie und dann kommt lange nix. Wenn alle diese Gespräche durch sind, dann kommen wir Menschen mit Behinderung oder Handicap dran und dann ist kein Geld mehr da. Dieses Bild ist nicht von mir. Das hat uns die frühere Beauftragte für Menschen mit Behinderung in Baden-Württemberg, Stephanie Aeffner, die im Januar leider gestorben ist, bei einem Interview erzählt.

Ich bin auch frustriert, weil es vor der Wahl immer viele Versprechungen gibt, die nach der Wahl nicht eingelöst werden. «

Die kompletten Interviews können unter **oh-heilbronn.de** nachgelesen werden

Dafür treten wir ein.

Die Kandidat*innen zur Landtagswahl 2026

Wahlkreis 18, Heilbronn

Stadt Heilbronn, Flein, Leingarten, Nordheim und Talheim

Tanja Sagasser-Beil
Wahlkreis 18 – SPD

Als Gaffenbergtante habe ich vor vielen Jahren den Wert von Inklusion kennengelernt. Kontakte zu Kund*innen und Beschäftigten der Offenen Hilfen sind Bestandteil meines Lebens. Ich will mich für bessere Bedingungen für Städte und Gemeinden einsetzen. Dazu gehört auch, dass diese genug Geld und Unterstützung bekommen, um den Abbau von Barrieren – baulich und in den Köpfen – wirklich voranzubringen. Auch hier geht es um Beteiligung. Der Inklusionsbeirat in Heilbronn ist dafür ein gutes Beispiel.

© LauraBoysenFotografie

Gudula Achterberg, Mitglied des Landtags
Wahlkreis 18 – GRÜNE

Ich bin schon jetzt mit Menschen mit Behinderungen und deren Angehörigen in Kontakt. Ich habe bereits damit begonnen, eine offene Sprechstunde für Menschen mit Behinderungen und deren Angehörige anzubieten. Das soll eine regelmäßige Kontaktmöglichkeit werden. So erfahre ich direkt, was sie beschäftigt, und kann mich darum kümmern. Sehr wichtig ist mir die Zusammenarbeit zwischen Behörden und betroffenen Familien. Hier muss Bürokratie abgebaut werden.

Nico Weinmann, Mitglied des Landtags
Wahlkreis 18 – FDP

Ich setze mich für eine inklusive Gesellschaft ein. Die Schwerpunkte von mir und unserer Fraktion liegen auf der Förderung von Barrierefreiheit, der Unterstützung von Menschen mit Behinderung in Ausbildung und Beruf sowie der Gewährleistung bedarfsgerechter Assistenz in Bildungseinrichtungen. Ich will mich einsetzen für eine selbstbestimmte Teilhabe, weniger Bürokratie und eine nachhaltige Finanzierung von Pflege und Unterstützung. Dazu gehört ein liberales Pflegebudget.

Maximilian Decker
Wahlkreis 18 – AfD

Die AfD wird dafür sorgen, dass die Rekordsteuereinnahmen unseren Bürgern zur Verfügung gestellt wird und nicht in alle Welt verteilt wird. Ich möchte den Lesern keine falschen Versprechungen machen. Ich werde jedoch jederzeit ein offenes Ohr für Ihre Anliegen haben. Da ich selbst ein Kind mit einer Sprachentwicklungsverzögerung habe, ist es mir wichtig zuzuhören und dort zu helfen, wo es gebraucht wird.

Die Interviews wurden aus redaktionellen Gründen gekürzt.

Wahlkreis 19, Eppingen

Abstatt, Bad Rappenau, Beilstein, Brackenheim, Cleebronn, Eppingen, Gemmingen, Güglingen, Ilsfeld, Ittlingen, Kirchardt, Lauffen am Neckar, Massenbachhausen, Neckarwestheim, Pfaffenhofen, Schwaigern, Siegelsbach, Untergruppenbach und Zaberfeld

Dr. Michael Preusch,
Mitglied des Landtags
Wahlkreis 19 – CDU

Als Arzt ist es für mich selbstverständlich, Menschen individuell wahrzunehmen – diese Haltung prägt meine Politik. Wir brauchen mehr gesellschaftliche Teilhabe und Inklusion. Diese beginnt damit, die unterschiedlichen Bedürfnisse anzuerkennen. In der Digitalisierung sehe ich Chancen, Teilhabe zu stärken und das Leben von Menschen mit Behinderungen und ihren Angehörigen spürbar zu erleichtern. Wichtig ist mir auch, die medizinische Versorgung im ländlichen Raum zu verbessern.

Erwin Köhler,
Mitglied des Landtags
Wahlkreis 19 – GRÜNE

Ich stehe für drei Gruppen, die oft zu kurz kommen: Jugendliche, Senior*innen und Kulturschaffende. Ich möchte zeigen, dass Politik für alle da ist. Ich will, dass Menschen mit Behinderungen überall gut leben können – beim Wohnen, in der Schule, bei der Arbeit, in der Freizeit und in der Kultur. Barrierefreiheit muss selbstverständlich werden. Menschen mit Behinderungen sollen überall mitreden und mitentscheiden können – nicht nur dabei sein, sondern mitgestalten.

Bettina Fischer
Wahlkreis 19 – SPD

Niemand darf in unserer Gesellschaft hinten runterfallen. Für mich gehört zu einer echten Demokratie, dass alle Menschen gleichberechtigt teilhaben können – unabhängig von einer Beeinträchtigung. Klimaschutz und die Folgen des Klimawandels sind für mich ein Herzensthema. Hitze trifft besonders vulnerable (verwundbar, verletzlich) Gruppen, etwa Menschen mit geistiger Beeinträchtigung. Dagegen muss man baulich reagieren und Betreuungspersonen sowie Angehörige schulen.

Dennis Klecker
Mitglied des Landtags
Wahlkreis 19 – AfD

Mir ist es wichtig, dass möglichst allen Menschen eine Teilhabe am gesellschaftlichen Leben möglich ist. Wir werden die häusliche Betreuung durch Angehörige besser honorieren und bürokratische Auflagen abschaffen. Ich bin davon überzeugt, dass die zunehmende Individualpolitik letztlich dazu führt, dass die Kosten steigen und somit am Ende die wirklich Bedürftigen weniger haben. Entscheidend ist am Ende, dass jeder Mensch/die Angehörigen die nötige Unterstützung haben.

Georg Heitlinger,
Mitglied des Landtags
Wahlkreis 19 – FDP

Als langjähriger Kommunalpolitiker ist es mir ein Herzensanliegen Menschen mit Behinderung eine gleichberechtigte Teilhabe zu ermöglichen. Ich habe praktische Dinge, wie eine Toilette für alle, in Eppingen angestoßen. Unterstützung ist wichtig in Schule, Ausbildung und Beruf. Die Beschäftigungsquote für Schwerbehinderte im öffentlichen Dienst soll erhöht und der ÖPNV barrierefrei werden. Die Landespolitik muss die Kreise und Städte bei der Umsetzung der Barrierefreiheit substanziell unterstützen.

Die Interviews wurden aus redaktionellen Gründen gekürzt.

Wahlkreis 20, Neckarsulm

Bad Friedrichshall, Bad Wimpfen, Eberstadt, Ellhofen, Erlenbach, Gundelsheim, Hardthausen am Kocher, Jagsthausen, Langenbrettach, Lehrensteinsfeld, Löwenstein, Möckmühl, Neckarsulm, Neudenau, Neuenstadt am Kocher, Obersulm, Oedheim, Offenau, Roigheim, Untereisesheim, Weinsberg, Widdern und Wüstenrot

Klaus Ranger,
Mitglied des Landtags
Wahlkreis 20 – SPD

Ich komme aus dem Sport, wo Fairness, Teamgeist und Inklusion schon lange gelebt werden. Menschen mit und ohne Behinderung sollen selbstverständlich zusammen lernen, wohnen und Sport treiben können. Viele Vereine wollen Teilhabe ermöglichen, scheitern aber an fehlender Barrierefreiheit oder Bürokratie. Diese Hürden will ich abbauen und inklusive Projekte gezielt fördern – von der barrierefreien Halle bis zur Übungsleiterausbildung.

Isabell Huber,
Mitglied des Landtags
Wahlkreis 20 – CDU

Ich setze mich seit Jahren dafür ein, dass Menschen mit Behinderung mitten in unserer Gesellschaft leben können – selbstbestimmt, sichtbar und gleichberechtigt. Mit dem Teilhabeplan Baden-Württemberg 2030 haben wir ein starkes Netzwerk für die Förderung inklusiver Arbeitsplätze in der Region geschaffen. Mir ist es wichtig, Barrierefreiheit konsequent weiter voranzubringen – in Gebäuden, in der digitalen Welt und im Denken. Teilhabe ist kein Zusatz, sondern Kern unserer Demokratie.

Alex Hampo
Wahlkreis 20 – FDP

Wir glauben an Freiheit und Selbstbestimmung. Jeder Mensch soll sein Leben nach eigenen Wünschen gestalten. Dafür braucht es nicht mehr Bürokratie. Ich setze mich für echte Wahlfreiheit ein. Das gilt für die Bereiche Bildung, Wohnen und Arbeit. Wir haben im Sommer 2025 hier in Neckarsulm den inklusiven Geist während der Special Olympics gespürt. Ähnliches soll in ganz Baden-Württemberg zur Selbstverständlichkeit werden. Barrierefreiheit muss vorangebracht werden – in Gebäuden, in der digitalen Welt und im Denken.

Carola Wolle,
Mitglied des Landtags
Wahlkreis 20 – AfD

Heute, in Zeiten knapperer öffentlicher Finanzen, stehe ich für die ungeschmälerte Unterstützung unserer schwachen und schwächsten Mitmenschen. Eine Behinderung bedeutet Dauerstress für Betroffene und deren Familien. Nur weil solche Menschen oft nur eine schwache Lobby haben, darf gerade hier nicht gespart werden. Wir müssen Lotsen einsetzen, die behinderten Menschen bei Auswahl und Beantragung von Hilfsangeboten helfen. Außerdem würde ich versuchen, Stiftungen und vermögende Privatpersonen für die Unterstützung konkreter Projekte zu gewinnen.

Die Interviews wurden aus redaktionellen Gründen gekürzt.

Gemeinsam für mehr Barrierefreiheit

Der Inklusionsbeirat

» Ich finde es gut, dass die Frau Irina Richter uns alle ernst nimmt. Wir können auch etwas erreichen. Die Bushaltestellen sollen jetzt nacheinander barrierefrei werden. «

Paula Balint
stellvertretendes Mitglied im Inklusionsbeirat

» Am Inklusionsbeirat gefällt mir vor allem der Kontakt zu anderen Betroffenen mit anderen Problemen. Man bekommt vieles mit und kann auch einiges bewegen.

Man kann Ideen einbringen und Frau Irina Richter hält die alle fest. Beim Umbau der Haltestellen wird versucht, auf die unterschiedlichen Bedürfnisse einzugehen. «

Uwe Geiger,
stellvertretendes Mitglied im Inklusionsbeirat

» Es ist das Verdienst der Mitglieder im Inklusionsbeirat, dass der Ausbau von einem barrierearmen Zugang zu Bahn und Bus in Heilbronn Fahrt aufnimmt.

Die neue Stadtbibliothek ist für alle zugänglich und berücksichtigt Unterstützungsbedarfe. Theater und Museen achten inzwischen selbstverständlich auf barrierefreie Angebote.

Doch es sind nicht nur Vorschläge, Diskussionen und Sachentscheidungen, die mir im Inklusionsbeirat wichtig sind. Die Begegnungen und Gespräche auch außerhalb der Sitzungen zeigen mir neue Perspektiven auf, die mein Handeln beeinflussen. «

Marianne Kugler-Wendt
Stadträtin und Mitglied im Inklusionsbeirat

Der Inklusions-beirat

In Heilbronn gibt es
einen **Inklusionsbeirat.**
Dort hören sich alle zu.
Jede Person darf sprechen.
Alle Beiträge zählen.

Wer leitet den Beirat?
Meist leitet Bürgermeisterin Agnes Christner die Treffen.
Sie vertritt Oberbürgermeister Harry Mergel.

Wer gehört dazu?
7 Personen sind
gewählte Mitglieder
aus dem Gemeinderat.

12 Personen sind
Experten und Expertinnen in eigener Sache.
Das heißt:
Menschen mit Behinderungen
sprechen für sich selbst.

Irina Richter,
die **Inklusionsbeauftragte der Stadt,**
hat auch einen Sitz.
Die **Sitzungen sind öffentlich.**
Oft kommen auch **Stellvertreter und Stellvertreterinnen** dazu.

Wie oft trifft sich der Beirat?
Mindestens zweimal im Jahr.

Worum geht es?
Der Beirat **berät die Stadtverwaltung zu Barrierefreiheit, Behinderung und Inklusion.**

Hier geht's direkt zum Inklusionsbeirat

Beispiele:
Busse, S-Bahnen und
Haltestellen barrierefrei
machen.

Grünphasen an Ampeln
prüfen, damit genug Zeit
zum Überqueren bleibt.

Ziel:
Probleme erkennen
und **verbessern,**
damit die Stadt
für alle gut funktioniert.

Was ist das Ziel?
Menschen mit und ohne Behinderungen sollen gleichberechtigt am öffentlichen Leben teilnehmen können.

»Wir müssen genau auf die Wahlprogramme der Politikerinnen und Politiker sowie der Parteien schauen.

Natürlich sprechen sich viele für Inklusion aus, aber wenn es dann darum geht, Schulen umzubauen, Lehrerinnen oder Lehrer für den Unterricht einzustellen, dann ist dafür kein Geld da.«

Thomas Fick

ohallo! sprach mit Thomas Fick, dem Vorsitzenden der Lebenshilfe Heilbronn-Franken.

Was sollten die Politikerinnen und Politiker, die für den Großraum Heilbronn in den Landtag einziehen als erstes angehen?

Das Problem ist ja, dass im Moment das Geld knapp ist und man eher über Einschränkungen nachdenkt. Dem steht aber eine ganze Reihe von Themen gegenüber, die dringend angegangen werden sollten. Eine Forderung der Lebenshilfe ist es daher, dass man im Bereich der Teilhabe keine Kürzungen vornimmt. Wenn man Inklusion und Teilhabe will, dann muss man danach schauen, dass man auch die entsprechenden Bedingungen dafür schafft. Das betrifft die Bereiche Freizeit, Bildung und bezahlbares Wohnen. Ein Thema, das hier in der Region besonders drängt, ist die Kurzzeitunterbringung für Kinder und Jugendliche. Da ist unlängst ein Anbieter ausgestiegen und somit gibt es bei uns und auch landesweit viel zu wenig Plätze. Konkret geht es darum, pflegenden Angehörigen, meistens sind das die Mütter, mal eine kurze Auszeit zum Beispiel für eine Kur zu ermöglichen.

Dem politischen Druck nach Kürzungen stehen dringende Forderungen gegenüber. Muss man sich Sorgen machen um die Teilhabe?

Was man so landes- und bundesweit hört, ist, dass wir uns viele sozialen Ausgaben nicht mehr leisten können. Speziell in Baden-Württemberg mit seinem starken Schwerpunkt auf der Autoindustrie steht zu

befürchten, dass die Steuergelder in nächster Zeit nicht mehr so sprudeln wie bisher. Von daher muss man sich schon auf Begrenzungen und Reduzierungen einstellen.

Wie stellt ihr euch darauf ein?

Die Lebenshilfe Heilbronn-Franken ist ja nicht groß. Wir versuchen den zu befürchtenden Einschränkungen mit kleinen Initiativen etwas entgegenzuhalten. Für 2026 planen wir im Freizeitbereich einen Schwimmkurs für Kinder und Jugendliche mit Beeinträchtigung. Prinzipiell soll das mal ein inklusives Angebot werden. Wir haben schon die Zusage von Hallenbädern und eine Schwimmtrainerin. Das ist also schon sehr konkret. Für die Finanzierung haben wir Spenden erbeten und das hat gut funktioniert.

Was bewegt die Gemüter noch?

Viele Mitglieder unserer Lebenshilfe beschäftigt es sehr, dass die Teilnahmegebühren für Freizeiten, Reisen und sonstige Angebote deutlich gestiegen sind. Das hat mit Kostensteigerungen auf vielen Ebenen zu tun. Das sehen wir ja überall. Hinzu kommen noch etwaige Tarifabschlüsse beim Fachpersonal und so kommen die Teuerungen dann halt zustande. Umgekehrt sind die Leistungen eher gleichgeblieben. Dass das nicht aufgeht, ist logisch. Die Gespräche mit der Stadt Heilbronn und dem Landkreis ziehen sich stark in die Länge und haben bisher kein gemeinsames Ergebnis gebracht.

Jetzt gibt es ja das Sondervermögen. Das ist zwar eine enorme Summe, aber man hat so das Gefühl, dass es schon fünfmal ausgegeben ist.

Da müssen wir auf der Hut sein. Der Bund hat da schon auch Mittel für soziale Themen im Blick und wir müssen jetzt darauf achten, dass das Land den zugedachten Betrag auch dafür verwendet.

Wo hakt es denn noch?

Na, ja. Insgesamt beklagt sich die Verwaltung sehr stark über die Aufgaben, die durch das Bundesteilhabegesetz entstanden sind. Jetzt muss man mit jedem Menschen ein Gespräch führen und mit ihm klären, wie er wohnen möchte, wie er sich das Thema Arbeit vorstellt und welche Freizeitwünsche er hat? Da waren die Landratsämter personell nicht darauf eingestellt. So hat sich alles verzögert. Man kann auch sagen, dass ziemlich lange der Wille zur Umsetzung nicht groß vorhanden war. So hat der Kommunalverband für Jugend und Soziales, KVJS, über zwei Jahre die Umsetzung gebremst und aufgehalten. Mir ist es sehr wichtig, das ist schon ein Kern der Sache, dass man von diesem individuellen Hilfebedarf, der im Dialog ermittelt wird, nicht abweicht. Schließlich finde ich zudem ganz wichtig, dass die Betroffenen bei der Weiterentwicklung der gesetzlichen Regelungen mit am Tisch sitzen. Also da sollen nicht nur die Leistungsträger, und die Caritas, die Diakonie oder andere Verbände dabei sein, sondern auch die Betroffenen als beratende Expertinnen und Experten.

Das klingt doch vernünftig.

Da höre ich schon den Einwand: Das ist zu viel Aufwand. Bezahlen müssen es eh die Landkreise und Organisationen wie die LebensWerkstatt oder die Offene Hilfen setzen es dann um, also lasst uns das auf der Ebene regeln und die Menschen, um die es eigentlich geht, bleiben außen vor. Das wäre ganz schlecht.

Ein Blick in die Zukunft?

Es wäre klug, sich zu überlegen, ob man auch an irgendeinem Punkt einsparen kann. Das gilt für sehr viele Lebensbereiche in Deutschland. Und da ist jeder gefordert. Viele haben wenig Geld und daher kaum Spielräume und die trifft es hart. Andere, denen es finanziell besser geht, können überlegen, ob sie z. B. tatsächlich jedes Heimspiel des VfB oder der TSG besuchen wollen oder, ob weniger nicht auch möglich ist. Und ähnlich ist das auch bei der Kleidung – da muss man nicht jede Mode mitmachen, man kommt auch mit weniger Kleidung aus. Ganz wichtig ist mir aber, dass der gesellschaftliche Zusammenhalt nicht verloren geht, weil das schlimm wäre.

Danke für das Interview.

Thomas Fick sagt:

»Wir müssen genau auf die Wahlprogramme der Parteien achten.

Viele sagen: ›Wir wollen Inklusion.‹ Aber wenn es um Geld für den Umbau von Schulen oder um neue Lehrer und Lehrerinnen geht, dann ist plötzlich kein Geld da.

Da müssen wir genau hinschauen.«

Thomas Fick ist Vorsitzender der **Lebenshilfe Heilbronn-Franken.**

Was sollten die Politiker und Politikerinnen als Erstes tun, wenn sie in den Landtag kommen?

Im Moment ist wenig Geld da.
Viele denken über Sparen nach.
Aber es gibt Themen,
die trotzdem sehr wichtig sind.
Wir von der Lebenshilfe sagen:
Beim Thema Teilhabe darf nicht gespart werden.

Der Staat hat ein sogenanntes Sondervermögen beschlossen. Wird davon auch etwas für soziale Themen bezahlt?

Das müssen wir genau beobachten.
Der Bund gibt zwar Geld
für soziale Projekte,
aber wir müssen aufpassen,
dass das Land es auch wirklich
dafür verwendet.

Wo gibt es sonst noch Probleme?

Die Ämter sagen,
dass sie zu viel Arbeit haben.
Das liegt am **Bundesteilhabegesetz.**
Jetzt muss mit jedem Menschen
mit Behinderung einzeln
besprochen werden,
wie er wohnen, arbeiten
und leben möchte.

Dafür fehlt oft Personal.
Deshalb dauert vieles sehr lange.

Wichtig ist mir:
Man darf nicht von diesem
individuellen Hilfebedarf abweichen.
Jede Person soll bekommen,
was sie wirklich braucht.

Und: Die Menschen mit Behinderung
sollen **bei neuen Gesetzen mitreden dürfen.**
Nicht nur große Verbände
wie Caritas oder Diakonie,
sondern auch die Betroffenen selbst.

Wie siehst du die Zukunft?

Man sollte überall schauen,
wo man sparen kann.
Viele Menschen haben wenig Geld,
sie trifft das besonders.
Wer mehr Geld hat, kann überlegen,
ob er wirklich alles braucht –
zum Beispiel jedes Fußballspiel
oder immer neue Kleidung.

Aber am wichtigsten ist:
Wir müssen zusammenhalten.

Der Zusammenhalt in der Gesellschaft darf nicht verloren gehen.

Danke für das Gespräch.

» Es ist ein Jammer, dass die Dummköpfe so selbstsicher sind und die Klugen so voller Zweifel.«

Bertrand Russell

oh!
www.oh-heilbronn.de